

Pressekonferenz 04. Juni 2014

Österreichs Zementindustrie fordert komplette Reformen Jahresbilanz 2013 und Prognose 2014

- Emissionshandel gescheitert
- Bauteilaktivierung „State of the Art“
- vom Baustoff zum Bauwerk

Die Erwartungen an die Konjunktur haben sich im letzten Jahr nur zum Teil erfüllt, trotzdem verzeichnete die österreichische Zementindustrie ein solides Ergebnis mit leicht rückläufiger Tendenz. So verringerte sich der Jahresumsatz um 2,6 Prozent. Das bestehende, wettbewerbsverzerrende Emissionshandelssystem muss als gescheitert betrachtet werden. Weiters fehlen innovative Maßnahmen zum Bürokratieabbau und zum Aufbau einer sinnvollen Verwaltung. Die Vereinigung der Österreichischen Zementindustrie (VÖZ) fordert umfangreiche Reformen ein, um Investitionen und Wettbewerbsfähigkeit in Österreich und Europa zu sichern. „Die Hausaufgaben müssen beim Bürokratieabbau und in der Erneuerung der Bereiche Bildung, Gesundheit und Pensionen endlich gemacht werden“, sagt Mag. Rudolf Zrost, Vorstandsvorsitzender der VÖZ. Durch hohe Investitionen in Forschung kann Heizen und Kühlen mit Beton bereits als „State of the Art“ bezeichnet werden. Das Engagement am Bildungssektor fördert Lehrlinge, Schüler und Studenten. DI Felix Friembichler, Geschäftsführer der VÖZ: „Der nächste Schritt ist nun vom Bau“stoff“ in Richtung Bau“werk“ zu denken.“

Die neun österreichischen Zementbetriebe produzierten im Jahr 2013 mit 4,4 Millionen Tonnen um 1,6 Prozent weniger als 2012. Das Umsatzvolumen von 365 Millionen Euro reduzierte sich gegenüber 2012 um 2,6 Prozent. Für das laufende Jahr wird mit einer leichten Steigerung gerechnet.

Grafik 1

Ausblick 2014 Österreich und Europa

Europaweit musste die Bauwirtschaft in den letzten Jahren empfindliche Einbußen hinnehmen. Für 2014 ist laut Euroconstruct eine Trendwende in Sicht, es wird mit einem Wachstum von 0,9 Prozent gerechnet. Die Expansion soll sich über die Sparten Wohnbau, sonstiger Hochbau und Tiefbau erstrecken, wobei der Wohnbau am meisten profitieren wird. Auch die Tiefbauproduktion wird aufgrund notwendiger Infrastrukturmaßnahmen und Investitionen zum Erreichen energiepolitischer Ziele wieder wachsen.

Die österreichische Bauproduktion konnte 2013 ein Plus von 0,5 Prozent erzielen, für 2014 wird eine Expansion von etwa einem Prozent erwartet. „Vor allem der Wohnbau entwickelte sich 2013 mit einem Zuwachs von zwei Prozent sehr dynamisch“, erklärt Mag. Rudolf Zrost, Vorstandsvorsitzender der Vereinigung der Österreichischen Zementindustrie. Der Ausblick für 2014 ist für die Bauwirtschaft mit einem prognostizierten Plus von 1,2 Prozent optimistisch. Im Tiefbau werden seitens der Asfinag 880 Millionen Euro in den Neubau und die Erhaltung bestehender Autobahnen und Schnellstraßen investiert werden. Die ÖBB baut die West-, Süd- und Brennerachse aus und modernisiert das Bestandsnetz und Bahnhöfe.

Grafik 2

Standort Österreich – Kompetenzschwund und überbordende Bürokratie

„Österreich verliert als Industriestandort an Qualität und rutscht im Ranking immer weiter zurück“, äußert sich Zrost. „Wir brauchen dringend ein großes Reformpaket, das den Kompetenzschwund und die überbordende Bürokratie strafft.“ Allein in den Bereichen Gesundheit, Bildung, Verwaltung und Pensionen kann ein Einsparungsvolumen von 10 Milliarden pro Jahr erreicht werden, ein Volumen, das jedes Jahr die kolportierten Kosten der Hypo Alpe Adria für den Steuerzahler abdeckt. „Bereits vor zehn Jahren hat der Österreich-Konvent tiefgreifende Vorschläge auf den Tisch gelegt, von denen kaum etwas umgesetzt wurde. Allein die Anhebung des Pensionsantrittes um nur ein Jahr würde bereits eine Milliarde Euro Einsparung bringen.“

Rechtsunsicherheit durch Backloading

Die Rahmenbedingungen verschlechtern sich aber nicht nur in Österreich, sondern auch im europäischen Kontext. Und das, obwohl sich die EU hohe Ziele zur Re-Industrialisierung gesetzt hat – leider, ohne diese zu verfolgen. Denn um den krisenbedingten Preisverfall der CO₂-Preise zu stoppen, wurde im Februar dieses Jahres ein befristeter Eingriff in den bestehenden Emissionshandel, das sogenannte „Backloading“, erlaubt. Damit dürfen 900 Millionen Tonnen CO₂-Emissionszertifikate vom Markt genommen werden, um den Preis der Zertifikate zu erhöhen. Zrost: „Verhandelte Regelungen wurden ohne viel Federlesen innerhalb der laufenden Handelsperiode revidiert. Das bedeutet für ein Unternehmen völlige Rechts- und Planungsunsicherheit. Da ist es nicht verwunderlich, wenn andere Kontinente für den Unternehmensstandort interessanter werden.“

Grafik 3

Überambitionierte Klimaziele für 2020-2030

Unverständlich auch die jüngsten von der EU-Kommission vorgelegten, überambitionierten EU-Klimaziele, die eine immense Belastung durch einseitige Selbstverpflichtungen zur Reduktion von minus 40 Prozent CO₂ (auf Basis 1990) bis 2030 vorsehen. „Es werden Entscheidungen getroffen ohne die wirtschaftlichen Auswirkungen auf die Industrie im Detail zu hinterfragen. Die Klimaziele sind eindeutig zu hoch angesetzt und für die Zementindustrie technisch nicht erreichbar“, so Zrost. Europas Anteil am weltweiten CO₂-Ausstoß macht nur rund 10 Prozent aus und das Interesse an klimapolitischen Zielen ist außerhalb Europas äußerst gering.

Grafik 4

Emissionshandel gescheitert

Für die laufende Handelsperiode zur Zuteilung von CO₂-Zertifikaten sind das Produktionsniveau einer historischen Basisperiode, die Benchmark, der

Grafik 5

Korrekturfaktor (damit soll das Minus von 20 Prozent bis 2020 erreicht werden) und der Carbon-Leakage-Status die bestimmenden Faktoren mit dem Berechnungsmodus:

„Historische Produktionsmenge x Benchmark x Korrekturfaktor = Zuteilung CO₂-Zertifikate“

Ist eine Branche als Carbon-Leakage gefährdet eingestuft, dann bekommt die Anlage die errechnete Zertifikatsmenge kostenlos, wenn nicht, muss diese schrittweise ersteigert werden.

Die historische Produktionsmenge (durchschnittliche Produktionsmenge von 2005-2008) wird als Basismenge „eingefroren“ und berücksichtigt die aktuelle Produktionsleistung im Zeitraum der CO₂-Zuteilung nicht. Verbessert sich ein Unternehmen durch seinen Marktauftritt in der Mengenproduktion, so muss es für jede zusätzliche Tonne Zement gegenüber der Basisperiode CO₂-Zertifikate zukaufen. Ein Wachstum wird dadurch unwirtschaftlich.

Als Benchmark für die europäische Zementindustrie wurde aus ihren Top Ten Performern der Wert von 766 kg CO₂/Tonne Klinker berechnet. Mit nur 1,5 Prozent Abstand zu diesen Top Unternehmen spiegelt sich der hohe technische Standard der österreichischen Zementwerke wider. Allerdings wird diese gute Benchmark durch die Verknüpfung mit der „eingefrorenen“ Produktionsleistung und dem Korrekturfaktor völlig zunichte gemacht.

Das führt beispielsweise dazu, dass derzeit 40 Zementwerke, vor allem im Süden Europas, aufgrund der Wirtschaftskrise nur knapp über 50 Prozent Auslastung haben, aber 100 Prozent Zertifikate-Zuteilung erhalten, da diese in der Basisperiode eine hohe Auftragslage hatten. War die Basisperiode wirtschaftlich schlecht und ist aktuell gut, wird die Zuteilung am niedrigen Niveau gemessen. Dies führt zu dramatischen Wettbewerbsverzerrungen unter den Unternehmen. Zur weiteren Berechnung kommt nun ein einheitlicher Korrekturfaktor zum Tragen. Für 2013 wurden bereits 5,7 Prozent der zugeteilten Zertifikate aberkannt, dieser Anteil soll bis 2020 auf 17,5 Prozent ansteigen.

Die gute CO₂-Performance der österreichischen Zementwerke verliert damit in der Berechnung völlig an Bedeutung. „Wir brauchen dringend Strukturreformen, denn das bisherige System des Emissionshandels ist wettbewerbsverzerrend und eindeutig gescheitert, denn kein Land außerhalb der EU macht mit“, übt Zrost heftige Kritik. „Wir brauchen ein System, das Investitionen und Wettbewerb in Österreich und Europa absichert und den schleichenden Prozess der De-Industrialisierung stoppt“, so Zrost weiter. Außerdem mache eine CO₂-Einsparung zur Verlangsamung der Erderwärmung nur Sinn, wenn auch außereuropäische Staaten zum Mitmachen bewegt werden können.

Komplette Reform oder Ausstieg der Industrie zulassen

Im Jänner 2014 hat sich die EU-Kommission für eine weitere Verschärfung des Reduktionszieles ausgesprochen, die eine Minderung auf 40 Prozent bis 2030 vorsieht. Gleichzeitig mehren sich die politischen Signale, dass die Schutzregelungen für Unternehmen mit Carbon-Leakage Status, zu denen auch die Zementindustrie zählt, ab 2020 stark reduziert, wenn nicht sogar aufgehoben werden sollen. Kommt es zur gewünschten Preissteigerung der CO₂-Zertifikate auf 40 Euro/Tonne, entstehen der österreichischen Zementindustrie jährliche Kosten von 52 Millionen Euro, bei zusätzlichem Verlust des Carbon-Leakage Status von 110 Millionen Euro. Das entspricht rund einem Drittel des Umsatzes.

Grafik 6

Grafik 7

„Die energieintensive Grundstoffindustrie braucht Regelungen, die das technisch machbare Reduktionspotential berücksichtigen. Es ist einfach unglaublich wie realitätsfremd hier Diskussionen geführt und Entscheidungen gefällt werden. Entweder es kommt zu grundlegenden Reformen oder man entlässt die Industrie aus dem Emissionshandelssystem“, fordert Zrost vehement Veränderungen.

Kontraproduktives Energieeffizienzgesetz

Seit Jahren baut die Zementindustrie erfolgreich den Einsatz alternativer Roh- und Brennstoffe aus. So machen Sekundärrohstoffe wie Ziegel- und Betonabbruch bereits 21 Prozent des Rohmaterials aus, schon 30 Prozent des Klinkers im Zement werden mit Flugasche oder Hüttensand substituiert. Auch konventionelle Energieträger wie Kohle und Öl werden zu 73 Prozent durch alternative Brennstoffe wie Rückstände aus Papierfasern und Landwirtschaft, Kunststoffen oder Altreifen ersetzt. Österreichs Zementindustrie nimmt damit europaweit eine Top-Position ein.

Grafiken 8-10

„Wir verdanken den hohen Anteil an Sekundärstoffen großen Investitionen und nicht zuletzt einer gut entwickelten Abfallwirtschaft“, meint Zrost dazu. „Umso unverständlicher, dass die Zementindustrie nun genau dafür durch das geplante Energieeffizienzgesetz bestraft werden soll.“ Abfall-Aufbereiter, welche an die Zementindustrie liefern, sollen künftig gleich wie große Energieversorgungs-Unternehmen verpflichtet werden, über komplizierte Ausschreibungen Energieeinspar-Maßnahmen zu finanzieren und bei Nichterreicherung hohe Strafen zu zahlen. Wenn Abfall-Aufbereiter hingegen zu Müllverbrennungsanlagen liefern, entfällt diese Verpflichtung. „Diese selektive Besteuerung verzerrt den Wettbewerb, ist im Sinne der Energieeffizienz völlig kontraproduktiv und führt zu einer weiteren Verschlechterung der Standortbedingungen.“ Die österreichische Zementindustrie fordert die Politik auf, Abfall-Lieferanten, die an die Zementindustrie Abfallbrennstoffe liefern, aus der Maßnahmenverpflichtung und Strafzahlung im geplanten Energie-Effizienzgesetz auszuklammern.

Vom Bau“stoff“ zum Bau“werk“

Wenn das Thema Nachhaltigkeit diskutiert wird, ist meist von Umwelt oder Wirtschaft die Rede, die Erwartungen und Bedürfnisse der Gesellschaft kommen, wenn überhaupt, nur am Rande vor. Aber keiner der Aspekte kommt ohne die beiden anderen aus. Europa ist wirtschaftlich sowie bei Sozial- und Umweltstandards führend. Diese gehen aber mit hohen Arbeits-, Energie- und Umweltkosten sowie stagnierendem Einkommen, sinkender Kaufkraft und steigender Arbeitslosigkeit einher. Während die Politik als Ausweg hohes Niveau der Bildung, laufende Weiterbildung, Innovationsgeist und Produktqualität predigt, sieht die Realität anders aus. Friembichler: „Erstarre Strukturen in der Bildung und Wettbewerb, der in erster Linie über Preiskämpfe der Wirtschaft stattfindet, führen zur Abwanderung der besten Köpfe und potenter Unternehmen.“

Grafik 11

So spießt sich auch das Billigstbieterprinzip in der Baubranche mit den Grundprinzipien der Nachhaltigkeit. „Das Billigstbieterprinzip bildet den Nährboden für Lohn- und Sozialdumping sowie für den Qualitätsverlust von Leistungen und Produkten. Eine kurzfristige Sicht, die sich noch bitter rächen wird“, warnt Felix Friembichler. Die kürzlich beschlossene EU-Vergaberichtlinie sieht die Möglichkeit vor, bei der Auftragsvergabe nicht nur den Preis allein, sondern Qualitätsstandards, Umweltaspekte und soziale Belange als Zuschlagskriterien zu verankern. „Soll die politische und wirtschaftliche Stabilität Europas erhalten bleiben, muss die nach unten gerichtete Spirale durch ganzheitliche Betrachtungen in einen Aufwärtstrend gedreht werden“, so Friembichler.

Die österreichische Zementindustrie hat vor Jahren begonnen hohe Investitionen in den Ausbau und die Modernisierung der Anlagen zu tätigen. Parallel dazu wurden auch das Engagement und die Ausgaben für Forschung und Entwicklung zur Produktanwendung und Produktqualität intensiviert. Am Bildungssektor fördert die Zementindustrie Lehrlinge, Schüler und Studenten, produziert Unterrichtsmaterialien – und das bundesweit wie regional. Friembichler: „Wir arbeiten konsequent daran, unsere Strategie über den Bau“stoff“ hinweg in Richtung Bau“werk“ auszurichten. Das erfordert Weitsicht sowie den Willen und die Kraft, sich mit den Bedürfnissen der Gesellschaft in der absehbaren Zukunft auseinander zu setzen.“

Grafiken 12-13

Bauteilaktivierung „State of the Art“

2002 wurde eine Studie der Donau-Universität Krems vorgestellt, die belegte, dass Beton mit seiner dualen Fähigkeit zur Wärmespeicherung sowie seiner ebenso guten Wärmeleitfähigkeit geeignet ist, bei Bauwerken mit guter Wärmedämmung höchste Energiestandards zu erfüllen. Friembichler: „Diese Erkenntnis war nicht Allgemeinwissen und damit selbst in der Fachwelt so gut wie unbekannt. Unsere Branche hat diese Vorteile erkannt und steckt seit vielen Jahren viel Zeit und Geld in die weitere Erforschung und Verbreitung dieser Technologie.“ Vor allem im Gewerbebau wird die Bauteilaktivierung verbreitet eingesetzt, hat aber noch großes Optimierungspotential. „Die Benefits dieses fortschrittlichen Systems zur Klimatisierung von Gebäuden sind erkannt. Das ändert nichts daran, dass noch viel Arbeit notwendig ist, um die notwendigen Unterrichtsunterlagen und vor allem die Verankerung in das Normenwesen zu schaffen“, erklärt Friembichler.

Grafik 14

Aktuell bemüht sich die Zementindustrie, die Ausbildung in den Bauakademien, ausgehend von Salzburg, flächendeckend einzuführen. An der HTL Pinkafeld (Burgenland) wird aufbauend auf diesen Erfahrungen ein Simulationsraum errichtet werden. Dieser soll den Einsatz der Bauteilaktivierung im Einfamilienhausbau forcieren. „Mit diesem Simulationsraum bringen wir Theorie und Praxis zur Bauteilaktivierung in den Unterricht einer HTL für Gebäudetechnik“, so Friembichler. Der nächste Weg soll zur Verankerung in die Wohnbauförderung führen. Dafür erfolgt in Kürze der Baubeginn eines mehrgeschossigen Wohnbaus in Salzburg als Pilotprojekt.

Grafik 15

Denkwerkstatt Smart Minerals

In konsequenter Umsetzung der Forschungs- und Ausbildungsstrategie der österreichischen Zementindustrie wurde im Jahr 2012 gemeinsam mit der Technischen Universität Wien die Smart Minerals GmbH gegründet. Sie ist eine Schnittstelle universitärer Grundlagenforschung und notwendiger Innovation für die Lösung der alltäglich anfallenden Herausforderungen der Baupraxis. Neben dem Vorantreiben von Forschung und Entwicklung auf höchstem Niveau liegt einer der Schwerpunkte auf dem Gebiet des Unterrichts auf universitärer Ebene. „Wir brauchen mehr denn je die vertiefende Ausbildung von Bauingenieuren und Architekten, die wissen, welches Potential dem Baustoff Beton innewohnt und wie man damit umgeht“, ist Friembichler überzeugt. Zur Entwicklungs-, Prüf- und Beratungsleistung wird Smart Minerals künftig auch gutachterlich tätig sein – eine absolut notwendige Ergänzung der Ausübung der praxiskonformen Aufgaben.

Grafik 16

Zertifizierungsstelle VÖZ-ZERT

Wird für ein Bauprodukt ein in der gesamten EU anerkanntes Prüfzeichen gewünscht oder erforderlich, muss es in einem gestuften Verfahren von einer

akkreditierten Prüfanstalt geprüft sein. Die Bestätigung und Überwachung dieser Prüfungen erfolgt durch eine Zertifizierungsstelle, die auch selbst wiederum strenge EU-Vorgaben zu erfüllen hat. Seit März dieses Jahres wurde einer weisungsungebundenen Abteilung der Vereinigung der Österreichischen Zementindustrie (VÖZ) diese Befugnis erteilt. Die VÖZ-ZERT kann seither EU-weit anerkannte CE-Kennzeichen vergeben. „Damit erhalten Kunden die attraktive Möglichkeit eines One-Stop-Services für die Prüfung und EU-weite Zulassung von Bauprodukten“, ist Friembichler von den Vorteilen überzeugt.

VÖZ, die Vereinigung der Österreichischen Zementindustrie

Die VÖZ versteht sich als Partner von Baugewerbe und Bauindustrie, der Behörden und Auftraggeber, aber auch als Service- und Anlaufstelle für den Endverbraucher. Mit der Forcierung neuer Technologien und dem Angebot von kundenorientierten Speziallösungen erfüllt die VÖZ die Funktion als innovativer Motor der Bauindustrie. Darüber hinaus werden laufend die aktuellen internationalen Entwicklungen beobachtet um den jeweils neuesten Stand der Technik in der österreichischen Bauwirtschaft zu verankern.

Rückfragehinweis:

Pressestelle der Österreichischen Zementindustrie, Andrea Baidinger
andrea.baidinger@bauenwohnenimmobilien.at
Tel +43 1 904 21 55-0, email: baidinger@bauenwohnenimmobilien.at